

Resolution Nr. 29 des dbv,
angenommen von der
Mitgliederversammlung des dbv
am 9. Mai 1999 in Berlin



Der Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln

**Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) fordert ein verstärktes Engagement
für einen Zivilen Friedensdienst**

Die Mitgliederversammlung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) hat auf ihrer Tagung in Berlin am Sonntag, den 9. Mai 1999, folgende Resolution verabschiedet:

Die Hoffnungen auf Frieden und Stabilität in Europa sind mit dem Krieg auf dem Balkan in weite Ferne gerückt. Es bleibt die Frage: Wie sollen zivilgesellschaftliche Strukturen in dieser Krisenregion und darüber hinaus dauerhaft wachsen können, wenn gerade die Gesellschaft Jugoslawiens moralisch gespalten, politisch destabilisiert und die Wirtschaft zerstört wurde. Auch eine militärische Logik rechtfertigt nicht den "totalen Krieg", in dem es nur Verlierer und keinen Sieger geben kann.

Gerade die Erinnerung an einem Tag wie dem 8. Mai lehrt uns: Mit kriegerischer Gewalt kann man keinen dauerhaften Frieden schaffen. Was ist aus dem Versprechen der Bundesregierung geworden: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik!"? Ausgerichtet auf die Beachtung des Völkerrechts und dem Eintreten für Dialogbereitschaft und Gewaltverzicht sollte insbesondere die Krisenprävention durch den gezielten Aufbau einer Infrastruktur zur zivilen Konfliktbearbeitung gestärkt werden. Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

Wir stellen fest, daß mit dem Angriffskrieg auf Jugoslawien die NATO ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis verlassen hat. Der Krieg muß in den Köpfen der Menschen beendet werden – auch in denen der westlichen Regierungen. Eine Selbstermächtigung durch die NATO auf Kosten der UNO darf es in Zukunft nicht mehr geben. Was in der Krisenprävention versäumt wurde, muß jetzt mit aller Kraft in die Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit für die Konfliktnachsorge investiert werden.

Wir fordern: Die Frage des Friedens darf nicht länger allein eine Frage staatlichen Handelns sein. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat gezeigt, daß der Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure für die friedliche Bearbeitung innergesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Konflikte von großer Bedeu-

tung ist. Die Erfahrungen, die Nichtregierungsorganisationen z.B. in Bosnien gesammelt haben, bestätigen die Notwendigkeit institutionalisierter Instrumente zur zivilen Konfliktbearbeitung, wie sie seit einigen Jahren mit der Konzeption eines Zivilen Friedensdienst vorgetragen wird. Dauerhafter Frieden fängt unten, bei den Menschen vor Ort an.

Wir begrüßen die im Bundeshaushalt 1999 bereitgestellten 5 Millionen DM für einen Zivilen Friedensdienst als Schritt in die richtige Richtung. Aber für den notwendigen Ausbau dieser Arbeit ist die Summe bei weitem zu gering. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hierfür vorgelegte Rahmenkonzept kann nur mit, nicht gegen die zivilgesellschaftlichen Akteure umgesetzt werden. Dies bedeutet auch, daß der Zivile Friedensdienst eine Querschnittsaufgabe künftiger Friedenspolitik sein muß. Es reicht nicht aus, wie bisher vorgesehen, den Zivilen Friedensdienst als Teilaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit zu deklarieren und ihn in staatlicher oder bestenfalls halbstaatlicher Trägerschaft durchzuführen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Expertise und das Engagement der Nichtregierungsorganisationen zu nutzen und dem Zivilen Friedensdienst zur professionellen Umsetzung zu verhelfen. Seit mehr als fünf Jahren engagiert sich das "Forum Ziviler Friedensdienst" dafür, daß dies in pluraler gesellschaftlicher Trägerschaft vollzogen wird. Die bisherigen praktischen Erfahrungen insbesondere auf dem Gebiet der Qualifizierung und Ausbildung von Friedensfachkräften zeigen, wie notwendig und unumgänglich die Verankerung in der Zivilgesellschaft ist. In einem Kooperationsprojekt hat das "Forum Ziviler Friedensdienst" mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen bisher 37 Freiwillige aus unterschiedlichen Ländern ausgebildet, die in Projekten der Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit ihren Dienst tun. Vor allem in den Konfliktregionen des ehemaligen Jugoslawien (Bosnien, Kroatien) sind solche Friedensfachkräfte für die Konfliktnachsorge von unschätzbarem Wert.

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) gehört zu den Gründungsmitgliedern des "Forums Ziviler Friedensdienst". Er sieht in der Arbeit des „Forums Ziviler Friedensdienst“ und der anderen Nichtregierungsorganisationen, die sich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in den Krisen- und Kriegsgebieten zuwenden, Alternativen zu militärischen Maßnahmen. Die Initiativen müssen nicht nur von der Politik, sondern auch von Kirchen und Medien deutlich und öffentlich unterstützt werden.

Die Mitgliederversammlung des dbv erinnert an Bonhoeffers Friedensverständnis: "Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit" (Bonhoeffer, Fanö 1934). Wir fordern daher: Die Militarisierung der Politik muß durch den konsequenten Aufbau nicht-militärischer Instrumente zur Konfliktbearbeitung ersetzt werden. Für einen Zivilen Friedensdienst – jetzt!

Verteiler: Bundeskanzler Gerhard Schröder
Verteidigungsminister Rudolf Scharping
Bundesministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul
Vorstände der Fraktionen im Deutschen Bundestag
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Der Evangelische Militärbischof
Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr - Der Militärgeneraldekan
Arbeitsgruppe des dbv „Friedensethik und Soldatenseelsorge“
Forum Ziviler Friedensdienst
Presseverteiler des dbv